

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 491 U

23. März 2013

38. Jahrgang

Es geht um Obdachlose



Die Überschrift unseres Newsletters vom 11. September 2011 lautete: „Es ging nie um den Maserati!“ Das war damals so richtig wie heute. **Harald Ehlert** (Foto) hat allerdings das Problem, allein darauf und auf sein früheres Geschäftsführergehalt reduziert zu werden. In einem Pressegespräch am 22. März redete Ehlert von den 1.000 Plätzen für Obdachlose, die in Berlin fehlen. Verursacht, so sagt er, durch die vorsätzlich herbeigeführte Insolvenz der Treberhilfe. Hätte der Kältetod der beiden Männer, die vor ein paar Tagen in einem Abrisshaus in Hohenschönhausen aufgefunden wurden, durch ausreichend betreute Plätze für Obdachlose vermieden werden können? Vielleicht.

Harald Ehlert ist davon überzeugt, dass es den Obdachlosen in der Stadt besser gehen würde, wenn es noch seine Treberhilfe gäbe. An dieser Geschichte ist jedoch niemand interessiert. Auch nicht so richtig an dem Aufhänger für das Pressegespräch, die verlorene zweite Instanz vor dem Landesarbeitsgericht. Ehlert klagte auf Weiterbeschäftigung bei dem Nachfolgeträger, „Neue Treberhilfe“ des Ev. Diakonievereins Zehlendorf, der jede Presseanfrage, die ins Detail geht, mit Floskeln abtut. Von

Transparenz keine Spur. Ehlert und fünf Prokuristen wurden bei der Übernahme durch den neuen Träger gleich gefeuert. Das ist etwa so, als wenn man mit einem Viermaster in See sticht und vorher die Segel über Bord wirft. Alle haben geklagt. Mit den Prokuristen sind angeblich Vergleiche geschlossen worden, mit Ehlert nicht. Als Gesellschafter sei er kein Arbeitnehmer im klassischen Sinne. Das mag juristisch alles stimmen, verhilft aber keinem Obdachlosen zu einem warmen Platz. Ehlert spricht von Beschäftigungsverbot. Ihm lägen Beweise vor, wonach von Senatsseite Druck auf die „Neue Treberhilfe“ ausgeübt worden sei, auf keinen Fall Ehlert weiterzubeschäftigen. Ehlert überlegt nun, ob er den Senat auf Schadensersatz verklagt. Es geht um rund 23.000 Euro Brutto-Monatsgehalt seit Dezember 2011. Wenn Ehlert seinen Vorwurf beweisen kann, sollte er klagen. Im Falle eines Sieges wäre es aber sehr erfreulich, wenn die damals politisch Verantwortlichen herangezogen würden, um den Schaden zu bezahlen.

Ehlert kann sich noch so sehr bemühen, auf das Wesentliche hinzuweisen, auf die gute Arbeit der Treberhilfe und auf die fehlenden Plätze für Obdachlose. Journalisten, nicht etwa nur der Boulevard, interessiert viel mehr, welches Auto Ehlert heute fährt. Der Artikel in Berlins seriöserer Zeitung, die in Lateinisch verspricht, die Ursachen der Dinge zu erkennen oder freier übersetzt: Den Dingen auf den Grund gehen zu wollen, gemeint ist DER TAGESSPIEGEL, enttäuscht. „Ex-Treberhilfe-Chef Harald Ehlert ist zurück – im Jaguar“. Was für eine Botschaft, unterste Schublade. Davon abgesehen, dass Ehlert nie weg war, sein Jaguar übrigens auch nicht.

Und natürlich wird immer wieder das Gehalt erwähnt. Von früher behaupteten über 40.000 Euro monatlich, ist jetzt von 23.000 Euro die Rede. So viel kostet uns Steuerzahler auch ein Europaabgeordneter, der in der größten Geldverbrennungsanlage des Kontinents rumsitzt. Wenn wir immer von Transparenz reden, dann sollen doch einmal alle Chefs von Sozialunternehmen in Deutschland ihre Gehälter, mit allem, was dazugehört, offen legen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Unternehmern, war Ehlert auch Gesellschafter, also Eigentümer.

Ich würde mich über hohe Gehälter in der Sozialbranche aufregen, wenn dadurch die Klienten Nachteile hätten. Mir ist kein Fall bei der Treberhilfe bekannt, dass ein Obdachloser weniger zu essen bekam oder in einer kalten Wohnung sitzen musste, weil sich Ehlert mit seinem Maserati durch Berlin fahren ließ. Worüber reden wir hier eigentlich? Alle, die sich an der Neiddebatte beteiligen, sollen doch selbst ein Sozialunternehmen aufbauen und den Menschen helfen.

Anstatt den Dingen auf den Grund zu gehen und die Ursachen für 1.000 fehlende Obdachlosenplätze zu ergründen und zu beschreiben, versucht sich der Tagesspiegel-Redakteur in Prosa: „Ortstermin in der Filmbühne am Steinplatz. Im schummrigen Kinosaal, dessen Wände mit Aufnahmen von Hollywood-Stars gepflastert sind, lädt Ehlert zum Gespräch ein. Der Ort ist nicht schlecht gewählt. Auch Ehlerts Karriere hat filmreife Züge: Als Sozialarbeiter gestartet, stieg er auf zum Sozialunternehmer mit hunderten Mitarbeitern. Dann brüskierte er die eigene Branche: Er bezeichnete die Betreuung der Ärmsten als knallhartes Geschäft, dessen Erfolg sich an Renditen messen lassen müsse.“ Also, wenn Ehlert eines Tages als Film erscheinen sollte, muss Ralf Schönball das Drehbuch schreiben.

Die Geschichte aus Ehlerts Sicht

In einer Presseerklärung vom 22. März 2013, stellt Harald Ehlert die Geschichte um den Untergang der Treberhilfe wie folgt dar: „Im Februar 2010 stellte ich gemeinsam mit der Kienbaum AG ein System der Wirkungskontrolle für soziale Dienstleistungen vor. Eine Woche später wurde mein Dienstwagen bundesweit kritisch diskutiert, obwohl er bereits seit 1 1/2 Jahren presseöffentlich bekannt war. Im Anschluss wurde systematisch gegen die Treberhilfe Berlin und mich vorgegangen. Heute ist deutlich, dass man die öffentliche Diskussion über den Wirtschaftsfaktor Soziales vermeiden wollte. Eine skandalöse Intransparenz bei rund 160 Mrd. Euro für steuerfinanzierte Sozialleistungen in der Bundesrepublik.“

Im konkreten Fall wurde die Treberhilfe Berlin in die Insolvenz getrieben, indem die Verträge mit Berlin illegal gekündigt wurden und zuvor eine feindliche Übernahme über 18 Monate vorangetrieben wurde. Bei dem Betriebsübergang zur Neuen Treberhilfe wurden auf Verlangen der Senatsverwaltung alle Regiekräfte - Prokuristen, Geschäftsführer und auch ich selbst - gekündigt. Die Prokuristen und ich klagten gegen die Kündigung. Mit allen Prokuristen hat sich die Neue Treberhilfe verglichen, mit mir nicht. Durch die ‚Kahlschlagkündigung‘ der Know-How-Träger konnte die Neue Treberhilfe die Versorgungslücke nicht schließen. Nach Aussage des Direktors des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Berlin am 06.12.2012 in Anwesenheit der Bezirksbürgermeister der Berliner Bezirke wurde deutlich, dass rund 1.000 Plätze für Wohnungslo-

se in Berlin fehlen. Eine Folge der Insolvenz der Treberhilfe Berlin. Allein 500 der 750 Wohnungen, die die Treberhilfe Berlin für diese Zielgruppe vorhielt, stehen für soziale Zwecke nicht mehr zur Verfügung.

Ich selbst hätte auch im Rahmen eines arbeitsrechtlichen Vergleichs mit der Neuen Treberhilfe für deutlich weniger als die öffentlich diskutierte Vergütung eine Aufgabe wahrgenommen, die die soziale Infrastruktur, an deren Aufbau ich über 20 Jahre mitgearbeitet habe, erhalten hätte. Die Neue Treberhilfe war zu keinerlei Vergleich mit mir bereit. Die arbeitsrechtlichen Vergleiche mit den Prokuristen der Treberhilfe Berlin und der Neuen Treberhilfe führten nicht zur Weiterbeschäftigung von Regiepersonal. Heute fehlen die besagten 1.000 Plätze, das ist das Ergebnis einer verantwortungslosen Zerstörung der sozialen Infrastruktur, die in keinerlei Zusammenhang mit meinem früheren Dienstwagen steht, für den ich mich öffentlich bereits am 03.12.2010 entschuldigt habe.

Die Menschen, die auf das soziale Netz der Stadt angewiesen sind, zahlen die Zeche für die Dummheiten der Entwicklung. Daher wird jetzt schmerzlich deutlich, dass ich mein Geld nie mit der Armut verdient habe, sondern mit ihrer Beendung. Genauso wie ein Lehrer sein Geld nicht mit Dummheit verdient, sondern mit Bildung. Das Landesarbeitsgerichtsverfahren am heutigen Tage habe ich nicht gewinnen können, da aber im Laufe des Verfahrens der Versuch eines illegalen Beschäftigungsverbots mir gegenüber durch die Senatsverwaltung für Soziales deutlich wurde, stehen mir nunmehr andere Wege der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen offen. Es wäre allerdings sehr zu begrüßen, wenn statt Aufgeregtheit und Doppelmoral professionelle Kompetenz für die Belange der Bedürftigen in die Diskussion zurückkehren würde.“

Es hat keinen Sinn, weiterhin Pressekonferenzen zu veranstalten. Ehlert ist der Böse, damit hat sich die Sache. Von der Berichterstattung im Tagesspiegel hat sich Ehlert offenbar mehr versprochen. Deshalb reagierte er mit einem Offenen Brief an den Autoren, in dem er Bezug zu den beiden Kältetoten nimmt.

„Und wieder ist es die Folge von Alkohol und das ‚nahezu unvermeidliche Einzelschicksal‘, und nicht von fehlenden 1.000 Plätzen für Obdachlose, die zur Tragödie führt. Wie viele Plattitüden und Vorurteile sollen den noch ‚bedient‘ werden, um damit zu signalisieren, dass Sozialpolitik und die Arbeit der entsprechenden Unternehmen nichts wert sind, wohin soll denn die Berichterstattung führen? Wenn der Tagesspiegel sich in diesen Fragen nicht mehr politisch verhält, sondern lediglich dokumentarisch, dann ist wohl eine entscheidende Rolle der Presse, nämlich die unabhängige Aufklärung der Bürger über Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten damit die Demokratie funktioniert, ein weiteres Stück weit eingeschränkt.

Die Folgen der verheerenden Fehlentscheidungen um die Zerschlagung der Treberhilfe Berlin gefährden jetzt Leben. Nach allen Informationen, die Ihnen vorliegen, und den Hintergrundgesprächen, die wir geführt haben, hatte ich die Hoffnung, dass außer den üblichen Sozialneidfloskeln, die, wie jetzt auch, auf falschen Tatsachendarstellungen aufsetzen, ein wenig tatsächlicher Hintergrund für Ihre Leserinnen und Leser ans Licht kommt. Damit meine ich nicht, Intrigen und Ränke, die ich in unserem Gespräch nicht undifferenziert der Branche, sondern dem damaligen Vorstand des Diakonischen Werks zugerechnet habe.

Die Fragen, was mit der Treberhilfe Berlin geleistet worden ist, was in anderen Sozialunternehmen geleistet wird, und worunter jetzt Menschen leiden, die sich weniger gut zu wehren wissen als ich selbst, ist von den Möglichkeiten der Organisatoren der sozialen Infrastruktur der Stadt, und das sind nicht die Behörden, sowie von der politischen Verantwortung für die Rahmenbedingungen, die von der früheren Senatorin und Teilen ihrer Verwaltung ignoriert wurde, direkt abhängig.

Die öffentliche Wahrnehmung dieser Zusammenhänge wird von einer Fülle von Medienaktivitäten bestimmt, aber auch vom Tagesspiegel, insbesondere in den westlichen Bezirken der Stadt.

Diese Gelegenheit wäre nutzbar, um, statt moralische Aufgeregtheit zu meiner Person zu erzeugen, durch die Information über diese Zusammenhänge vielleicht moralische Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen zu fördern. Die Wahl haben Sie, im Rahmen Ihrer Pressefreiheit, wer aber verantwortet, wenn Ihre Leserinnen und Leser mit Wut auf mich schauen, aber die Verhinderungsmöglichkeiten solcher Kältetoten, die die Prokuristen der ‚alten‘ Treberhilfe und auch ich, sowie andere ‚Organisatoren‘ gut kennen, sowie die Gründe für die anhaltende Versorgungslücke, nicht zum Thema werden???

Die überlegene Moral zu vermitteln, sie aber nicht tatsächlich selbst umzusetzen, löst möglicherweise einen größeren moralischen Widerspruch aus, als den, den Sie zu meiner Person vermitteln, allerdings für Sie selbst. Autos statt Erkenntnis ist schon ein schwieriges Ergebnis. Wenn für Sie das Auto was ich fahre wichtiger ist, als die Menschen, denen ich geholfen habe, sowie es offensichtlich wichtiger ist wie viel Geld ich bekommen habe, und nicht, ob ich es verdient habe, ist Ihre Moral am Ende nicht mehr, als ein verkauftes Gut im Medienalltag, sowie meine Hilfen es im Sozialalltag waren, mit dem Unterschied, dass mein Gut den Tod von Menschen verhindert hat, und für sie das Ende der Armut ermöglichte. Ob das für den Verkauf von Moral zutrifft, wage ich zu bezweifeln. Am Ende obliegt die Qualität Ihrer Arbeit Ihrer Pressefreiheit, und ist am Ergebnis im Gemeinwesen ablesbar, nicht an der Auflage der Zeitung, kein leichter Job.....aber ein sehr wichtiger.....und er braucht, vermutlich, gelegentlich, Mut.....“

So etwas nennt man wohl „Ins Stammbuch geschrieben“.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch